

N I E D E R S C H R I F T
über die
öffentliche Sitzung des Gemeinderates
DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD

Tag: Mittwoch, den 11.12.2019
Ort: Rathaus, großer Sitzungssaal
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:05 Uhr

ANWESEND:

Vorsitzender

Herr Michael Rieger

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Peter Fichter
Herr Axel Heinzmann
Frau Kirsten Heinzmann
Herr Kai Noel
Frau Beate Rodgers
Herr Dirk Schmider
Herr Marc Winzer
Herr Ernst Laufer
Herr Vincenzo Sergio
Frau Barbara Bahsitta
Herr Oliver Freischlader
Herr Guido Santalucia
Herr Hansjörg Staiger
Frau Karola Erchinger
Herr Patrick Hilpert
Herr Hans-Peter Rieckmann
Herr Fritz Weißer
Herr Dr. Jörg Zimmermann
Herr Jochen Bäsch
Herr Andre Müller
Herr Georg Wentz

Sachkundige Einwohner

Herr Hartmut Breithaupt
 Herr Franz Günter
 Herr Joachim Kieninger
 Herr Klaus Lauble
 Herr Luca Sergio
 Herr Alan Mesto

Ortsvorsteher Langenschiltach
 Ortsvorsteher Oberkirnach
 Sprecher Stockwald
 Ortsvorsteher Peterzell
 Jugendgemeinderat
 Jugendgemeinderat

Beamte, Sachverständige usw.

Herr Stephan Fix
 Frau Kathrin Frenz
 Herr Alexander Tröndle

zu TOP 5

Schriftführer

Frau Nicole Dorer

ABWESEND:**Ehrenamtliche Mitglieder**

Herr Constantin Papst

entschuldigt

Beamte, Sachverständige usw.

Herr Markus Esterle

entschuldigt

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 27.11.2019 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

1 Fragestunde für Einwohner

Protokoll:

Zwei Personen des Projektes „Global Forest“ sind in der Sitzung anwesend und fragen an, warum ihr Förderantrag für den Kunst- und Kulturverein „Global Forest“ auf der Negativliste sei. Sollte die Förderung durch die Stadt St. Georgen nicht erfolgen, werde das Projekt im Juni 2020 enden.

Bürgermeister Rieger verweist auf die Haushaltsplanberatungen. Dort könne über den Antrag im Gremium diskutiert werden.

2 Bekanntgaben, Verschiedenes

Protokoll:

a) Neujahrsempfang 2020

Bürgermeister Rieger lädt zum Neujahrsempfang am 10.01.2020 um 19.30 Uhr in die Stadthalle ein.

b) Hallenbad

Stadtbaumeister Tröndle zeigt Fotos von dem defekten Putz im Hallenbad. Nach ersten Untersuchungen sei nun eine Fläche von ca. 6 qm betroffen. Die Ursache sei noch nicht bekannt. Es werde in verschiedene Richtungen, z. B. thermisches Problem usw., untersucht. Die Putzfirma wurde aufgefordert, den Schaden aufzunehmen, was bis heute noch nicht geschehen sei. Morgen gehe die 2. Aufforderung raus. Die Verwaltung müsse sich genau an den Ablauf bei Mängeln halten.

3 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 27.11.2019

Protokoll:

a) Der Gemeinderat hat einem Neubauvorhaben in Peterzell im Grundsatz zugestimmt.

b) Der Gemeinderat hat der Übernahme von entstandenen Mehrkosten bei der Sanierung des Kinderbeckens im Hallenbad zugestimmt.

4 **Bauvorhaben zum Neubau Bürogebäude mit Produktions- / Lagergebäude auf dem Grundstück Hagenmoosstraße 2, St. Georgen-Peterzell, (BV-Nr. 063-19)**
Vorlage: 152/19

Protokoll:

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die beiden Geschäftsführer der Firma Wahl, Jörg Burger und Ansgar Heege.

Herr Heege zeigt anhand eines Imagefilms kurz die Geschichte der Firma Wahl. In Unterkirnach gebe es keine Weiterentwicklungsmöglichkeiten für die Firma Wahl. Die Suche nach einem neuen Standort sei nicht ganz einfach gewesen. Mit dem neuen Standort in St. Georgen könne die Firma Wahl weiterhin im Schwarzwald bleiben. Einige Mitarbeiter kämen aus St. Georgen und Umgebung. Anhand von Bildern erläutert er den geplanten Neubau. Ein Produktionsgebäude entlang der B 33 sowie etwas zurückversetzt das Verwaltungsgebäude seien vorgesehen. Dazu im nördlichen Bereich Parkplätze. Wunsch sei, im zweiten Quartal 2020 mit dem Bau zu beginnen. Es werde mit ca. zwei Jahren Bauzeit gerechnet, so dass evtl. der Bezug in der Jahresmitte 2022 erfolgen könne. Er bedankt sich für die sehr gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

Stadtbaumeister Tröndle erläutert das Bauvorhaben. In der letzten Sitzung des Gemeinderates am 27.11.2019 sei der Bebauungsplan „Schoren“ beschlossen worden, der Grundlage für das Bauvorhaben sei. In Abstimmung mit der Firma Wahl werde die Bachoffenlegung entlang der Straße nach Königsfeld erfolgen.

Stadtrat Heinzmann erkundigt sich, ob eine Photovoltaikanlage auf dem großen Dach geplant sei.

Herr Heege antwortete, diese Option sei noch offen. Die Vorkehrungen hierfür würden getroffen, da das Thema interessant sei. Gemäß der Energieeinsparverordnung sei man aber nicht darauf angewiesen.

Stadtbaumeister Tröndle ergänzt, Auflage im Bebauungsplan sei die Dachbegrünung.

Beschluss:

Das Einvernehmen für das Bauvorhaben Neubau Bürogebäude mit Produktions- / Lagergebäude auf den oben genannten Grundstücken, Hagenmoosstraße 2, St. Georgen-Peterzell, wird auch für eventuell erforderliche unwesentliche Befreiungen und Abweichungen vom Bebauungsplan erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

5 Einführung einer Bürger-App für die Stadt St. Georgen Vorlage: 150/19

Protokoll:

Frau Frenz erläutert dem Gremium die Gründe für die Einführung der Bürger-App. Diese solle die Möglichkeit bieten, sich über das Geschehen in der Stadt zu informieren. Durch den Wegfall des Amtsblatt und der Tatsache, dass die Zeitungsauflagen immer weiter zurückgingen, sei die Bürger-App eine weitere Möglichkeit einer Informationsplattform. Die Firma Crossiety aus der Schweiz wurde ausgewählt, dieses soziale Netzwerk abzubilden. Zum einen gebe es den „Dorfplatz“ – mit Blick auf den „bisherigen Marktplatz“ als Treffpunkt (virtuell) sowie verschiedene Gruppen, denen man beitreten könne und die sich auf dieser Plattform präsentieren können. Derzeit sei man noch in der Testphase, in der man gut von Crossiety begleitet werde. Der offizielle Start erfolge am Neujahrsempfang.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Einführung einer Bürger-App für die Stadt St. Georgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22
Ablehnung: ./.
Enthaltung: ./.

6 Haushaltsplan für das Jahr 2020; 2. Beratung und Verabschiedung

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erklärt, bereits in der Sitzung am 20.11.2019 wurde durch ihn der Haushaltsplanentwurf 2020 eingebracht. Heute werde über die eingegangenen Anträge beraten und die Haushaltssatzung sowie der Wirtschaftsplan der Stadtwerke beschlossen.

Stadträtin Erchinger spricht für die Fraktion der Freien Wähler und von einem sehr ereignisreichen Jahr. Nach einem arbeitsreichen Wahlkampf wurde am 26.05.19 ein neuer Gemeinderat gewählt und es konnten danach sieben neue Gemeinderäte begrüßt werden.

Ebenfalls in den letzten Monaten konnten einige wichtige Planungsleistungen, z.B. für den roten Löwen und die Innenstadtsanierung auf den Weg gebracht werden, sodass die Stadt, trotz der sichtbaren Eintrübungen in vielen Branchen, zur Zeit noch positiv in die Zukunft schauen könne. Die großen Entscheidungen bezüglich der Innenstadtsanierung stehen in den nächsten Jahren an und werden Punkt für Punkt abgearbeitet. Alle in der Stadt, ob Industrie, Handel und Gewerbe, und vor allem die Bürger müssen sicher kleinere und größere Einschränkungen in den kommenden Jahren dafür in Kauf nehmen.

Herr Fix habe in seinem Vorbericht zum Haushalt 2020 alles auf den Punkt gebracht. Und hier zeige sich auch schon, dass zukünftig die Pflichtaufgaben,

aber auch die freiwilligen Aufgaben, genau im Auge behalten werden müssten und der Spielraum für zusätzliche Wünsche extrem eingeschränkt sei. Der Haushalt 2020 könne auch diesmal nach neuem Haushaltsrecht ausgeglichen werden und es können 5,4 Mio. in 2020 investiert werden, dennoch fehlen z.B. Mittel für einen sanierungsbedürftigen Gebäudebestand, wo nur das Nötigste gemacht werden könne.

Erfreulich, und aus Sicht der Freien Wähler auch notwendig, sei die stete Investition ins Breitband, welches inzwischen zwar zur Daseinsvorsorge gehöre, aber vom Bund nur zögerlich unterstützt werde.

Wenn man bedenke, dass sich die kommunalen Betriebsaufwendungen (also alle Pflicht und freiwilligen Aufgaben) auf über 18 Mio. Euro summieren, werde für die Bürger ein hohes Niveau an städt. Einrichtungen vorgehalten. Es zeige sich aber jetzt schon, dass sich die Lage in den kommenden Jahren durch erhebliche Kreditaufnahmen verschärfen werde und der Schuldenstand pro Kopf steigen werde. Dem gegenüber stehe aber dann eine sanierte Innenstadt, ein Bürgerhaus mit dem Namen Roter Löwe und eine verbesserte Infrastruktur.

Da die Gewerbesteuer der Dreh- und Angelpunkt eines jeden Haushaltes seien, wolle man, wie bisher auch, die Industrie, Handel und Gewerbe und die Dienstleister so gut es gehe unterstützen. Erfreulich sei daher die Ansiedlung der Firma Wahl, diverse Erweiterungen und vor allem eine gelungene neue Ortseinfahrt mit dem modernen Gebäude der EGT und dem noch zu erstellenden Gebäude von PE.

Den Stadtwerken, die dieses Jahr noch die volle Konzessionsabgabe erwirtschaften konnten, stehen schwierige Jahre bevor. Einerseits die Investitionen in die Wasserversorgung von 866.000 € und andererseits in die Fortführung des Breitbandausbaus von 1,9 Mio. Euro. Diese 1,9 Mio. Euro und auch die bereits getätigten und in den folgenden Jahren noch erforderlichen Investitionen untermauern den Anspruch als Hochtechnologiestandort im Schwarzwald-Baar-Kreis.

Eine ebenso hohe Priorität habe aber auch die Ausweisung von Wohnbauflächen, sowohl privat als auch städtisch. Sie begrüße ausdrücklich die Entwicklung des Gebietes Glashöfe und die Planungen bezüglich Goethestraße und Andreas-Müller-Weg. Den Bürgern wolle die Möglichkeit gegeben werden, hier zu bauen oder zu kaufen. Es solle keiner an eine Umlandgemeinde verloren werden.

Die Freien Wähler mahnen an dieser Stelle das seit langem ausstehende Vereinskonzepth der Stadt an. Dies wurde in den vergangenen Jahren bereits mehrfach angesprochen und es sollte jetzt in 2020 doch einmal in Angriff genommen werden. Und Frau Erchingers persönlicher Wunsch wäre es, den „Tag des Ehrenamtes“, immer am 05. Dezember, auch für St. Georgen einmal anzudenken. Die Gesellschaft profitiere in vielfältiger Weise vom ehrenamtlichen Engagement und vielleicht finde die Verwaltung eine Möglichkeit, hier in irgendeiner Form – z.B. Sektempfang für die Vorsitzenden – oder etwas Ähnliches zu organisieren.

Im Namen der Freien Wähler dankt sie besonders Herrn Fix und seinem Team für seine Arbeit und seine stets mahnenden Blicke und Worte. Ebenso gilt der Dank Herrn Tröndle nebst Team für die bisher geleistete Arbeit und vor allem

gute Nerven für die anstehenden Herausforderungen

Ein Dank geht an Herrn Esterle, dessen breites Aufgabenspektrum eine Herausforderung sei.

Den Bauhof nebst Gärtnerei und die komplette Rathausmannschaft schließt sie mit in den Dank ein.

Herrn Rieger dankt sie für sein vorausschauendes Denken, seine Ideen und das er stets bemüht sei, alle auf seinen Wegen mitzunehmen.

Dem Gemeinderat dankt sie für das stets gute Miteinander.

Für die Fraktion der SPD spricht Herr Freischlader und bedankt sich bei Kämmerer Fix und seinen Mitarbeitern für die erneut sehr übersichtliche Aufbereitung des Zahlenmaterials. Kaum seien die Wahlen vorbei und der neue Stadtrat habe sich sortiert stehe schon mit den Haushaltsberatungen ein weiteres Highlight des Jahres an.

Mit diesem Haushalt werde die Zukunft St.Georgens gestaltet und dieses Mal würden viele Projekte festgelegt, die alle einige Jahre real beschäftigen werden und finanziell noch viele Jahre mehr. Nun könne man natürlich fragen, warum nehme man sich so viele Projekte vor aber jeder Einwohner unserer Stadt wisse, in welchem Zustand die Tiefgaragen, der Marktplatz und das Rathaus seien. Letztlich seien diese Mängel nichts anderes als in Beton gegossene und im Boden versteckte Schulden. Durch die Sanierung werde zwar Geld aufgenommen werden müssen aber letztlich werden die dann behobenen Sanierungsrückstände in Euro und Cent beziffert und noch viel wichtiger, die Schulden würden abbezahlt. Glücklicherweise gebe es aktuell eine Tiefzinsphase und das solle dann auch genutzt werden, die großen Projekte anzugehen, denn alle diese Sanierungen dulden keinen Aufschub mehr und auch danach dürfe man nicht stehen bleiben, sondern müsse die Schulen auf Vordermann bringen. Immer wieder höre er, man hätte sich schon viel früher daranmachen müssen. Dazu wolle er die im Rat in den letzten 10 Jahren unternommenen Sanierungen aufzeigen. 2009 erfolgte die Sanierung des Heinemannareals mit der Fertigstellung der Stadterrasse. 2010 + 2011, in Mitten der Finanzkrise, wurde die Robert-Gerwig-Schule energetisch saniert und das Umkleidehaus auf dem Roßberg neugebaut. Übrigens in all den Jahren der einzige echte Fauxpas, in dem die Kosten wirklich davongelaufen seien. Dann wurde zusätzlich das Haus der Vereine energetisch ertüchtigt und in der Stadtmitte die Beleuchtung auf LED umgestellt. Als nächstes und über mehrere Jahre wurde die Bahnhofstrasse und der Bärenplatz erneuert und es wurde mit dem Ausbau des Glasfasernetzes begonnen der bis heute andauere und schon Millionen gekostet habe. Der aber auch unvermeidlich sei, wenn St. Georgen zukunftsfähig sein solle. Es wurde ein Zuschuss zur Sanierung der Jahnturnhalle gegeben und ab 2014 habe man dann noch etwas mehr als 1 Mio. Euro in das Sanierungsgebiet IV am Krankenhaus und TB Areal investiert, was für die Stadt ein großer Brocken sei, wenn auch am Ratstisch ein Mitglied der Familie sitze, die zum Erhalt des TB Areals mit einem Vielfachen dieser Summe beigetragen habe, wofür er sich, nach der kürzlich erfolgten Abrechnung des Sanierungsgebiets, an dieser Stelle nochmal bedanken möchte. Zuletzt wurde das Hallenbad und Teile der Rossbergsporthalle generalsaniert und die Mehrzweckhalle Peterzell renoviert. Mit diesen Maßnahmen sei der Sanierungswillen ernsthaft unter Beweis gestellt worden und unterm Strich komme da ein Sanierungsbetrag von etwa 20 Mio. Euro zu-

sammen, der in den letzten Jahren aufgewendet wurde und mit dem auch der energetischen Fußabdruck deutlich reduziert wurde, wie schon das Energiegutachten von 2013 gezeigt habe. Wenn das die einzige Aufgabe der Stadt in den jeweiligen Jahren gewesen wären, gebe es kein echtes Problem, aber der Gemeinderat stehe natürlich auch in der Pflicht die vielen anderen Aufgaben einer Stadt wie Straßenerhaltung, Feuerwehr-Aufgaben und die Investitionen in die Kinderbetreuung und Schulen zu erledigen und die Wünsche der Bürger unter anderem Kultur, Sport und Unterhaltung zu respektieren und dies z.B. über Zuschüsse an Vereine, Vorhaltung einer Bibliothek, Musikschule und Volkshochschule sowie auch einen Beitrag zur Finanzierung des Stadtfests zu ermöglichen. Auch befinde sich die Stadt ja nicht im luftleeren Raum, sondern stehe im Gegenteil in der Mitte der Gesellschaft und alle Ereignisse und Themen der Gesellschaft laufen auch bei ihr auf und es scheine, als würden sie sogar wie unter einem Vergrößerungsglas in den Kommunen noch deutlicher. Seien es weltweite Fluchtbewegungen oder die Klimakrise, Städte und Gemeinden seien die Organe, die die Aufgaben am direktesten treffen und die sofort an konkreten und ideologiefreien Lösungen arbeiteten. Egal welches Thema gerade die Schlagzeilen fülle, es gebe nichts, was gelöst werde, wenn nur an dieser einen Frage gearbeitet werde, sondern es müsse immer versucht werden, alle Bürger mitzunehmen und dabei die berechtigten Interessen aller in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Wenn Fremde kommen müsse die Stadt dafür sorgen, dass sie integriert werden. Es müsse aber auch klargemacht werden, dass alle, die es brauchen, Hilfe bekämen. Wenn es gelte, Klimaschutz zu etablieren könne es nicht sein, dass Teile der Bevölkerung, die zu den weniger gut Verdienenden gehören, einfach ohne Rücksicht nur zusätzlich zu belasten, sondern es müssten zwar alle einen Beitrag im Rahmen des persönlich möglichen, leisten, aber es dürfe auch keine Bevölkerungsgruppe überlastet werden. So wie auf Arbeitsplätze richtigerweise Rücksicht genommen werde, müsse auch auf die sogenannten kleinen Leute geachtet werden. Es würde ja auch nichts helfen, wenn immer mehr Menschen den Populisten nachlaufen, die den Klimawandel leugneten oder wie der unsägliche Herr Trump sogar von seiner wundervollen sauberen Kohle sprächen. Als Stadt müssten Probleme antizipiert und praktische Lösungen angeboten werden, statt Theorien anzuhängen oder den Bürgern die eigene Überzeugungen überzustülpen. Die Stadt müsse aber auch entwickelt werden und da befände schon wieder in einem Bereich der Kompromisse. Das Land hätte es gerne, wenn weitere Entwicklungen ganz überwiegend in den Ballungszentren stattfinden würden, weil das angeblich den Landschaftsverbrauch senken würde. Das habe in den letzten 10 Jahren zu einem Bevölkerungswachstum von etwa 3% in den Großstädten geführt und damit die Wohnungsnot und das Problem der hohen Mieten zunehmend verschärft. Er (Freischlader) kenne viele, die von dem Problem betroffen seien und sich eigentlich wünschen, aufs Land zu ziehen, wenn dort die Arbeitsplätze vorhanden seien. Für die SPD Fraktion heiße das, es muss das, es müsse auch Städten im ländlichen Raum ein Entwicklungspotential in Form von Gewebe und Baugebieten eingeräumt werden. Der geringere Landschaftsverbrauch in den Ballungsgebieten würde ja auch nur über eine konsequente Nutzung von Lücken in den Städten selbst zustande kommen aber die Industrie wolle so nicht bauen, sondern wandert dann ins Ausland ab und wie toll die Bürger das finden, könne man ja exemplarisch im Oberzentrum beobachten. Insofern finde er die zentralistischen Vorgaben wenig vernünftig. Nur lokal könne eine vernünftige Abwägung zwischen sinnvollem Engagement und Beeinträchtigung von persönlichen Interessen der Bürger wirk-

lich getroffen werden, wie es z.B. beim FNP Windkraft und bei jedem Bebauungsplan getan werden müsse. Im Zweifel müssen die Stadt auch vorangehen oder sogar stellvertretend für die Bürger handeln, wenn z.B. Themen wie den Klimawandel als dringend erkannt wurden. Wenn dem Familienvater mit 1700 netto, dem auch noch der Kindergartenbeitrag erhöht wurde und der mit seinem zehn Jahre alten Diesel nach Rottweil zur Arbeit fahre, eine Förderung von Elektroautos angeboten werde, dann werde er eher dankend ablehnen. Aber die Stadt könne mit Steuergeldern, die dann auch von ihm stammen, Gebäude sanieren und die Verbräuche reduzieren und damit richtig was für die Umwelt tun. Wenn es dann noch zusammen mit dem Kreis geschafft werde, den ÖPNV so zu verbessern, dass Pendlerfahrten reduziert werden, dann sei wirklich was gewonnen worden. Eigentlich sollten die Bundesregierung und die Landesregierungen stolz auf die Kommunen sein und könnten sich von ihrem pragmatischen, zielgerichteten und vorurteilsfreien Handeln eigentlich eine Scheibe abschneiden und den Städten und Gemeinden mehr Spielraum für ihr Handeln geben, was ja auch dem eigentlich geltenden Subsidiaritätsprinzip entsprechen würde. Stattdessen werden immer größere Anteile der Landesförderung, auch in Baden - Württemberg, Themen gebunden vergeben statt zur freien Verfügung. Erstmals seit Jahrzehnten gebe es eine Landesregierung, die zum zweiten Mal in einer Legislatur einen Haushalt vorlege, ohne sich mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Eckpunkte der Finanzierung wie z.B. den Kostenersatz für die Unterbringung von Flüchtlingen zu verständigen. Dies trübe die Zusammenarbeit natürlich schon und sei auch Ausdruck fehlenden Vertrauens und fehlender Wertschätzung der kommunalen Familie und es führe auch zu einer schädlichen Zentralisierung der Finanzentscheidungen. Aber zurück zu den konkreten Zahlen des vorliegenden Haushaltsplans. Es werden insgesamt fast 32 Mio.€ umgesetzt und damit werde nur ein Überschuss von etwa 260.000€ erwirtschaftet, bei allerdings richtigerweise konservativ geschätzten Einnahmen. Er persönlich glaube nicht an eine so tiefe Konjunkturdelle wie befürchtet. Nachdem der September bei stabiler Binnennachfrage schon wieder steigende Exporte zeige und sich beim Handelsstreit mit den USA deutliche Zeichen der Entspannung andeuteten, glaube er eher an etwa gleiche Wachstumsraten wie zuletzt. Für die Einnahmen sei das natürlich sowohl im Bereich der Gewerbesteuer aber auch bei den Finanzausgleichstöpfen gut aber es sollten die Einnahmen auch nicht einfach besser gerechnet werden, lieber nehmen man in der Jahresrechnung die verbesserte Liquidität mit in die nächsten Jahre. Mit Ausgaben von (jeweils gerundet) 4,1 Mio.€ für Baumaßnahmen wovon alleine 700t€ für die weiteren Schritte der Innenstadtsanierung seien, 1,5 Mio.€ für die Schulen, 2,8 Mio.€ für die Jugendarbeit, 600t€ für Kultur, 150t€ für die VHS und die Stadtbibliothek und 1,6 Mio. € für Sporthallen und Bäder gebe die Stadt ihr Geld auch in den richtigen Bereichen aus und ohne entsprechendes Personal und damit natürlich auch die Kosten dafür könne die Stadt natürlich auch nicht arbeiten. Bei allen Mitarbeitern möchte sich die SPD-Fraktion auch in diesem Jahr wieder für die geleistete Arbeit herzlich bedanken. Ob frühmorgens bei Kälte und Schnee beim Räumen der Wege oder spät abends im Jugendhaus oder bei im Rat halten sie mit ihrem Einsatz die Stadt am Laufen und das werde geschätzt. Ein besonderer Dank gelte den Amtsleitern. Es werde gesehen, wie viel gearbeitet werde und es sei auch klar, dass jedes „könnte man nicht vielleicht“- einen Haufen Extraarbeit im Back Office bedeute.

Nach Rücksprache mit den Ortschaftsräten werde sowohl dem Antrag des Ortschaftsrats wie auch dem der Freien Wähler zum Klettergerät zugestimmt da

beide Begründungen nachvollzogen werden können. Für den Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Schulsozialarbeit bittet er ebenfalls um Zustimmung, denn mit einer 2/3 Stelle bei der Robert-Gerwig-Schule sei dem Ziel einer guten Schumatmosphäre in allen unseren Schulen leider in der heutigen Zeit nicht gerecht geworden. In St. Georgen gebe es aber seit Jahren den Wahlspruch „keiner darf zurückgelassen werden“. Man habe sich immer bemüht, diesen mit Leben zu füllen. Durch die ganzen Herausforderungen der Flüchtlingsintegration und einer erheblichen Migrationswelle auch in der EU konnte es durch großes Engagement unserer hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfer geschafft werden, ein gutes Miteinander zu erreichen. Nun erreichen die natürlich immer noch auftretenden Alltagsprobleme die Schulen und es sollten jetzt nicht nachgelassen werden, die zugereisten Menschen bei uns weiter zu integrieren. Diese Arbeit könne auch nicht alleine den Lehrkräften überlassen werden, die dafür letztlich auch nicht ausgebildet seien. Diese Maßnahme werde auf die Dauer gesehen für die Stadt große Vorteile bringen und die weitere notwendige Integration fördern und stärken und letztlich für die gesamte Stadt einen Mehrwert erbringen, der die finanziellen Aufwendungen wert sei. Die Dimension einer zusätzlichen jährlichen finanziellen Verpflichtung im Personalbereich sei bewusst, es gebe aber auch in der aktuellen Situation die Notwendigkeit, jetzt zu handeln. Daher beantrage er von denen die in der Negativliste enthaltenen zwei Stellen für Schulsozialarbeit eine Stelle doch zu besetzen. Wie diese zwischen den Schulen aufgeteilt werde, solle dann durch die Schulleiter und Verwaltung festgelegt werden.

Für die CDU-Fraktion gibt Frau Rodgers die Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Constantin Papst wieder, der zur heutigen Sitzung nicht anwesend sein kann.

Sie dankt dem aktiven Stadtkämmerer Herrn Stephan Fix und seinem Team für das umfangreiche Zahlenwerk und die geleistete Arbeit.

Insgesamt könne der Haushaltsentwurf für das Jahr 2020 in gewisser Weise als relativ „harmlos“ bezeichnet werden. Sowohl die absoluten Werte als auch die strukturelle Zusammensetzung des Haushalts weiche in der Regel nur sehr überschaubar von denen des Vorjahres ab. In keinster Weise werde in dem Entwurf das Potenzial gesehen, sich im Rat in Kontroversen zu verlieren. Das hätten die Haushaltsdebatten auch, wie in der Vergangenheit eigentlich immer der Fall, gezeigt.

Darüber hinaus spielten auch Investitionen, insbesondere auf dem Hintergrund der voranstehenden Großprojekte, wie zum Beispiel der Stadtkernsanierung mit Rathaus, Marktplatz und Roter Löwen, im Haushalt noch keine außergewöhnliche Rolle. Man werde im Jahr 2020 ohne die Aufnahme neuer Kredite auskommen.

Dies werde die Herausforderung für die Jahre 2021 und fortfolgende sein.

Sie wolle heute jedoch schon anmerken, dass es für die CDU-Fraktion ein Anliegen sein werde, die Einsparungen durch das Ausbleiben von Zinszahlungen im Kontext eines Niedrigzinses beziehungsweise Negativzinsumfeldes dafür zu nutzen, Tilgungsleistungen zu erhöhen. Auch günstige Schulden seien Schulden, die langfristig bedient werden müssten. Die Belastungen für künftige Generationen müssten im Rahmen gehalten werden, ohne dabei die Aufgaben aus dem Blick zu verlieren.

Eine langfristige Gesamtkreditaufnahme von 8 – 9 Mio. Euro sei aber auch bei

Niedrigzinsen und einer gewissen zeitlichen Streckung ein Wort. Dabei seien die großen Investitionen der Stadtwerke mit der Sanierung der Tiefgaragen und der Kläranlage sowie dem Ausbau des Breitbandnetzes aufgrund der Auslagerung in die Stadtwerke als städtischer Eigenbetrieb noch nicht einmal berücksichtigt. Umso wichtiger sei es, dass in dem Haushaltsentwurf 2020 eine sehr solide Planung zu erkennen sei. Der Haushaltsausgleich scheine aus heutiger Sicht möglich und es werde bei einem Haushaltsvolumen von 32.059.400,00 Euro ein ordentliches Ergebnis in Höhe von 115.000,00 Euro erwirtschaftet. Es stimme zuversichtlich, dass Kämmerer Fix auch für die Zukunft gangbare Planungen unterbreiten werde und der Gemeinderat werde sich alle Mühe geben, auch in angemessener Art und Weise darauf zu hören.

Die CDU-Fraktion werde somit dem Haushaltsentwurf 2020 mit den bereits besprochenen und verabschiedeten Änderungen zustimmen. Dennoch wolle sie nochmals gerne auf einige Punkte hinweisen.

Die Ertrags- beziehungsweise Einnahmesituation der Stadt sei, insbesondere aufgrund des isolierten Blicks auf ein Jahr, in die Zukunft sicherlich sehr gut geplant und weitgehend korrekt abgebildet. Viel spannender werde in diesem Zusammenhang die längerfristige Entwicklung werden. Dabei spielen sicherlich Faktoren, wie eine sich vermutlich abkühlende Wirtschaft, aber auch große strukturelle Veränderungen weitreichender Industriezweige eine große Rolle. Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang sicherlich, dass es der Stadt gelinge, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Gewerbesteuereinnahmen unserer ortsansässigen Unternehmen gestärkt werden könnten. Hierzu gelte es eine zeitgemäße Infrastruktur, aber auch Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, damit Menschen gerne in Sankt Georgen arbeiten und leben. Es müssten neue Unternehmen angesiedelt werden und gegebenenfalls ortsansässige Unternehmen dabei unterstützt werden, ihre Abhängigkeit vom im Wandel befindlichen Automobilsektor zu reduzieren. Auf den Finanzausgleich oder auch auf Zuweisungen zu vertrauen, sei in einer eher unsicheren Zeit für zu kurz gedacht. Die Unternehmen und das Unternehmertum der Stadt, sowie die Handwerksbetriebe, der Einzelhandel und alle Dienstleister müssten gestärkt werden. Auch wenn die Gewerbesteuer mit 17 % nur an dritter Stelle der Einnahmen im Haushalt liege, sei hier doch am ehesten die Möglichkeit, positive Impulse zu setzen.

Hinsichtlich der allgemeinen Aufwands- beziehungsweise Ausgabensituation sei man sowohl im folgenden Jahr als natürlich auch langfristig an die vielen Verpflichtungen gebunden. Die Erfüllung der Pflichtaufgaben dürfe also zu keinem Zeitpunkt infrage gestellt werden oder in Gefahr stehen, nicht ordentlich finanziert zu sein.

Daneben weisen die freiwilligen Leistungen im Jahr 2020 einen geplanten Fehlbetrag in Höhe von über 4,2 Mio. Euro aus. Dies sei ein Betrag, der angesichts der großen Vorhaben zunächst erschrecken möge. Es solle aber nicht allzu schnell der Rotstift angesetzt werden und man könne dankbar sein, dass gegenwärtig die „Schätze“ noch nicht infrage gestellt würden. Schließlich verbesserten diese Leistungen und Angebote die Lebensqualität in der Stadt deutlich und steigerten damit die Attraktivität des Standortes, was mittelbar auch die Wirtschaftskraft der Stadt steigern könne. Mehr „Freiwilligkeit“ sollte man sich jedoch im gegenwärtigen Umfeld nicht leisten.

Auch wenn die Investitionstätigkeit im Jahr 2020 durch geplante Maßnahmen, wie der Erneuerung des Kühlbrunnenwegs oder der Verbreiterung des August-Springer-Wegs relativ moderat ausfallen werden, sollte dies den Blick dafür

schärfen, dass es in jedem Jahr einen gewissen Bedarf an unvermeidbaren Maßnahmen geben werde, die realisiert werden müssten. Schließlich sei auch ein Betrag von rund 4 Mio. Euro eine Größenordnung, die man nicht vernachlässigen sollte, auch wenn sich dieser Betrag durch Planungsleistungen und den Erwerb von Grundstücken in gewisser Weise reduziere. Auch in den Jahren der großen Investitionen werde es immer eine Straße geben oder eine Heizung, die erneuert beziehungsweise saniert werden müsse. Dies gelte es stets zu bedenken. Somit halte die CDU-Fraktion auch sämtliche Vorhaben des Jahres 2020 für wichtig und richtig. Sie müssten einfach umgesetzt werden.

Im Hinblick auf künftige Jahre werde es wichtig sein, wie die Kämmerei im Haushaltsentwurf betone, insgesamt den Zahlungsmittelüberschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit von den geplanten rund 2,155 Millionen Euro im Jahr 2020 langfristig wieder auf ein höheres Niveau zu heben, da lediglich der Saldo dem Finanzhaushalt für Investitionen als Eigenkapital zur Verfügung stehe.

Die CDU-Fraktion unterstützte den Antrag der SPD-Fraktion, bereits im Jahr 2020 einen weiteren Schulsozialarbeiter einzustellen.

Insofern sollte dieser noch von der Negativliste gestrichen werden. Darüber hinaus würden es auch begrüßt werden, insofern es haushaltsrechtlich noch möglich sei, wenn auch die Neugestaltung der Einfahrt in die Stadt bereits im Jahr 2020 realisiert werden könnte.

Sie dankt Bürgermeister Rieger, für seinen großen Einsatz für die Stadt und wünscht ihm weiterhin gute Ideen und Erfolge.

Die CDU-Fraktion bedankt sich bei allen, die an diesem Haushalt mitgewirkt haben und freut sich auf weitere, mit hoffentlich guten Ergebnissen.

Allen Mitarbeitern der Verwaltung und des Bauhofes dankt sie für die geleistete Arbeit.

Der Gemeinderat werde sich immer wieder daran messen lassen müssen, die richtigen Prioritäten zum richtigen Zeitpunkt zu setzen. Daher gehe es nun hoffentlich bald sichtbar mit der Zukunft und der Stadtkernsanierung von St. Georgen los. Dabei eigne sich der Rote Löwe sehr gut, weil er in gewisser Weise die Vergangenheit mit der Zukunft verbinde. Dies werde ein sehr schönes und besonderes Objekt werden. Das innovative Nutzungskonzept werde seine Stahlkraft weit über St. Georgen hinaus entfalten.

Für die Grüne Liste trägt Stadtrat Schmider vor, für sie, als neue Fraktion im St. Georgener Gemeinderat, sei dies der erste Entwurf eines Haushaltes über den sie abstimmen dürften und zu dem sie in Form einer Haushaltsrede Stellung beziehen könnten. Vorab bedankt er sich, wie sie als neue Stadträte aufgenommen wurden und Unterstützung erfahren hätten.

Sein besonderer Dank geht an den Bürgermeister und die Amtsleiter, die im Gemeinderat und in den Ausschüssen immer versuchen, alle Beteiligten auf einen gemeinsamen Wissensstand zu bringen, mit dem dann die Entscheidungen getroffen werden könnten. Die Offenheit in der Kommunikation und die Transparenz im Handeln seien wichtige Eckpfeiler in der Zusammenarbeit von Verwaltung und Gemeinderat.

Als erstes wolle er auf einen Punkt eingehen, der einem erst bewusst werde, wenn man den Vorbericht zum Haushaltsplan genau lese und der immer wieder mal zu Diskussionen führen könne. Betrachtet man den jährlichen Betriebsaufwand kommunaler Einrichtungen und unterscheide diesen nach Pflicht- und freiwilligen Aufgaben, sei erkennbar, dass sich die Stadt St. Georgen vieles leiste, was nicht selbstverständlich sei und anderenorts auch nicht mehr üblich. Die

Bürgerinnen und Bürger sollten sich das immer mal wieder bewusst machen, was St. Georgen zu bieten habe und was als normal angesehen werde. Gleichzeitig seien diese Institutionen hervorragende Möglichkeiten, um für St. Georgen in puncto Zuzug neuer Einwohner und Ansiedlung von Betrieben zu werben. Daher möchte sicher keiner der Anwesenden Entscheidungsträger ernsthaft daran rütteln. Über alle kommunalen Einrichtungen ergebe sich ein Verlust von ca. 18 Mio. Euro. Etwa ein Viertel davon resultiere aus freiwilligen Leistungen. Wäre die Stadt eine Aktiengesellschaft, könne sich jeder ausmalen, was die renditeorientierten Aktionäre wohl ganz schnell abstoßen würden. Aber als Kommune strebe man glücklicherweise nicht nach Gewinnmaximierung, sondern danach den Bürgerinnen und Bürgern ein angenehmes und lebenswertes Umfeld zu bieten. Niemand käme ernsthaft auf die Idee in den Bereichen Museen, Musik, Volkshochschule, Bibliothek, Bäder und Sportstätten Leistungen zu streichen oder die Pflege der Grünanlagen und Spielplätze zurückzufahren. In diesem Sinne solle sich jede und jeder freuen, dass solche Angebote vor Ort seien. Und diese sollten auch weiterhin erhalten werden.

Ein ganz großer Kostenfaktor in den nächsten Jahren werde die Sanierung der Innenstadt sein. Im Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2030 (kurz ISEK 2030) wurde als ein Leitthema die „Lebendige Kernstadt“ identifiziert. Es solle das Stadtbild in der Innenstadt verbessert und der Stadtkern aufgewertet werden. Darunter falle die Entwicklung des Marktplatzes und seines Umfeldes genauso wie die Neugestaltung des Rathauses. Einer dieser Bausteine sei z.B. das Gesamtkonzept Roter Löwen. Dies spiegele sich bereits im Haushaltsentwurf 2020 wider. Die Maßnahmen im Stadtzentrum werden die Stadt finanziell und die Anwohner sicher auch durch persönliche Einschränkungen noch lange begleiten. Trotz aller Bindung von Finanzressourcen für diese Großprojekte sollte nicht vergessen werden, dass notwendige Sanierungen und Erneuerungen teilweise schon lange anstehen. An den Schulen gebe es diverse Baustellen, die auch abgestellt werden müssten. Hier zum Beispiel der längst überfällige Austausch der Heizungsanlage in der Rupertsbergschule. Wenn man überlege, wieviel Energie seit Jahren unnötig verbraucht werde und damit Kosten verursacht werden, hätte sich ein hocheffizientes Heizungssystem längst amortisiert. Daher solle neben den wichtigen Projekten in der Innenstadt nicht die anderen Aufgaben vergessen werden.

Das Thema, das die Menschheit inzwischen rund um den Globus bewege, sei der Klimaschutz. Auch dazu stehen bereits wichtige Handlungsfelder und Projekte im ISEK 2030. Es sei nichts, was nun völlig unerwartet und neu auf die Stadt St. Georgen zukomme. Hier wurden bereits das Umsetzen der Energiewende auf lokaler Ebene und die Steigerung der regenerativen Energieversorgung als Ziele vorgegeben. Bausteine dorthin sollten die Festlegung von Klimaschutzziele, ein Gesamtkonzept zur Sanierung öffentlicher Gebäude und Energiekonzepte für neue Wohngebiete sein. Wenn man allerdings unter dem Teilhaushalt „56 Umweltschutz“ des Entwurfes schaut, finde man als einziges Produkt die Altlastensanierung. Unter dem Einzelprodukt „56.10.0700 Klimaschutzkonzept“ sei noch nicht einmal eine „schwarze Null“ eingetragen. Es werde also dringend Zeit, sich im Laufe des nächsten Jahres mit der Festlegung von Geldern in diesem Bereich zu beschäftigen. Diese werden wirklich dringend benötigt, um erfolgreiche Energie- und Klimakonzepte zu realisieren. Er ist sich sicher, dass dafür in absehbarer Zeit Gelder bereitgestellt werden und der Gemeinderat die notwendigen Mittel freigebe. Hiermit möchte er jeden motivieren, nachzulesen, was im ISEK 2030 unter dem „Leitthema D: Klima und Energie im

Blick“ geschrieben stehe.

Ein letzter großer Themenblock sei das Wohnen und Bauen in St. Georgen. Es sei wichtig, die Aktivierung von Brachen, Baulücken und Leerständen in der Kernstadt voranzutreiben. Dafür müsse aber ein Gesamtkonzept zu Leerstandserfassung und Leerstandsmanagement entwickelt werden, dass sich vorausschauend an der demografischen Entwicklung in der Kernstadt orientiere. Neben den schon genannten Großprojekten müssten hierfür ebenfalls Gelder eingeplant werden. Gehobener Wohnraum werde zukünftig mit den vorhandenen und in Planung befindlichen Bauprojekten wie beispielsweise dem Schönblickareal ausreichend zur Verfügung stehen. Auch das neu beschlossene Baugebiet „Glashöfe“ mit Ein- und Zweifamilienhäusern werde weitgehend im hochpreisigen Segment liegen. Es werden in der Innenstadt und auch in den Teilorten bezahlbare Mietwohnungen benötigt, um somit Wohnangebote für Auszubildende, Studierende, Senioren und junge Familien in der Stadt zu schaffen. Dafür müsse solcher Wohnraum angeboten werden. Bei allen Planungen solle auch an den kleinen Geldbeutel gedacht werden. Die Stadtverwaltung und der Gemeinderat sollten die Option des Grundstückkaufes durch die Kommune und vielleicht sogar den Wohnungsbau durch die Stadt in die Überlegungen mit einbeziehen. Viele vorhandene städtische Wohnungen bedürften sicher einer Sanierung, die ebenfalls Geld koste. Aber wenn man dadurch Wohnungsangebote für unterschiedliche Bedarfe schaffen könne, solle dies nicht vernachlässigt werden. Zu all diesen Themen stünden Fördermittel des Bundes oder des Landes für Beratung, Planung und Umsetzung zur Verfügung.

Stadtrat Bäsch spricht für die Fraktion der FDP und nennt als gute Nachricht, dass auch im kommenden Jahr in St. Georgen auf einen soliden Haushaltplan gesetzt werden könne. Die Stadt könne mit den zur Verfügung stehenden Mitteln alle notwendigen Aufgaben erfüllen und werde auch ein weiteres Jahr ohne die Aufnahme neuer Schulden auskommen, zumindest was den Haushalt der Stadt anbelange. Bei den Stadtwerken sehe es leider nicht ganz so gut aus. Die Investitionen übersteigen die Abschreibungen um über 2,6 Millionen Euro, sprich die Stadt lebe nicht von der Substanz, sondern investiere in den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur, von der auch die nachfolgende Generation profitieren werde. Dennoch gebe es einige kritische Anmerkungen zur momentanen Situation zu machen. St. Georgen befinde sich ja seit einigen Jahren in den intensiven Vorarbeiten für die Sanierung der Innenstadt, was ohne Zweifel das größte Projekt in den letzten Jahrzehnten für St. Georgen sein werde und diese Vorarbeiten auch rechtfertigt. Schauen man sich nun die Investitionen für das kommende Jahr etwas genauer an, seien in der geplanten Investitionssumme von insgesamt EUR 5,45 Millionen allein für die Sanierung der Innenstadt EUR 680.000 lediglich als Planungskosten aufgeführt. Weitere EUR 100.000 bei den Stadtwerken. Und dies seien ja nur die Planungskosten, die im kommenden Jahr anfallen. Bereits in den vergangenen Jahren wurden ja schon beträchtliche Summen für dieses große Projekt ausgegeben. Die Planungen an sich wolle er nicht in Frage stellen, man sehe ja an überregionalen Großprojekten, was eine nicht ausreichende Planung für Folgen haben könne. Nur der enorme Aufwand, der hier zwischenzeitlich betrieben werden müsse, stimme schon bedenklich, nicht nur in finanzieller, sondern auch in zeitlicher Hinsicht. Für fast jedes Bauvorhaben müssten zwischenzeitlich die Planungs- und auch die begleitenden Ausführungsarbeiten nach außen

vergeben werden. Dies liege zum einen natürlich an einem Bauamt, das personell auf ein Mindestmaß beschränkt sei, was ja in den letzten Jahren auch ausdrücklich vom Gemeinderat mitgetragen wurde und hier in keinster Weise die Kompetenz des Bauamts in Frage stellen solle. Immer neue Vorschriften und Gesetze zwingen dazu. Eine Stadt der Größe St. Georgens könne hier schlicht nichts mehr planen, ohne sich Kompetenz von außen einzukaufen. Man denke nur an den Auswahlprozess für die Planungsleistungen der Tiefgaragen und des Marktplatzes. Um allen rechtlichen Fallstricken zu entgehen, habe sich die Stadt zu Recht dafür entschieden, einen externen Experten zu beauftragen. Er stellt die Frage, ob solche komplizierten Verfahren wirklich notwendig und zielführend seien. Genehmigungsverfahren zögen sich immer mehr in die Länge, Beantragungen von Zuschüssen seien hochkompliziert und zeitintensiv und würden teils nur genehmigt, wenn man im Vorfeld umfangreiche und kostspielige Gutachten und Konzepte erstellt habe. Man denke z. B. hier an das Stadtentwicklungskonzept, das auch aus diesem Grund erstellt wurde, aber zum Glück noch einen großen Zusatznutzen bringt. Oder das Thema Breitbandausbau. Sich ständig ändernde Förderrichtlinien und Fördersätze seien große Hemmnisse, die den zügigen Ausbau sicher nicht vereinfachten, geschweige denn beschleunigten. Der beantragte Ringzug nach St. Georgen oder der Lückenschluss seien weitere Beispiele von Planungen, die einen manchmal doch etwas ungläubig zurücklassen. Im St. Georgen gebe es sowohl seitens des Gemeinderats als auch der Verwaltung einen großen Gestaltungswillen und ein außerordentliches Interesse daran, die Stadt nach vorne zu bringen. Man müsse allerdings zwischenzeitlich eine gehörige Portion Langmut und Beharrlichkeit mitbringen, um in diesen Prozessen nicht aufgegeben zu werden und am Ende tatsächlich auch das Ergebnis der jahrelangen Arbeit vor sich zu haben. Als letztes Beispiel nennt er den geplanten Neubau der Brücke an der Stockburger Mühle. Man könne hier ja zwischenzeitlich von einer Realsatire sprechen, die man niemandem mehr vernünftig erklären könne. An dieser Stelle der ausdrücklicher Dank an Stadtbaumeister Tröndle, der die Interessen der Stadt in dieser Angelegenheit sehr beharrlich und gut vertrete. Die FDP Fraktion habe keinen Antrag für den Haushalt gestellt, könne aber die Anträge der Kollegen befürworten. Der Antrag der SPD für die zusätzliche Schaffung einer Stelle in der Schulsozialarbeit könne aus den dargelegten Gründen nur befürwortet werden, habe aber natürlich auch deutliche Auswirkungen auf die Personalausgaben der kommenden Jahre. Aus diesem Grund könne man darüber diskutieren, ob man die Stelle zunächst nur zeitlich befristet ausschreibe, damit man die Entwicklungen in diesem Bereich beobachten könne und im Bedarfsfall flexibler reagieren könne. Ein Dankeschön gelte allen Mitarbeitern der Stadt und denjenigen, die sich auf welche Art und Weise auch immer für St. Georgen einsetzen. Für die Arbeit im Gemeinderat wäre es sehr wünschenswert, wenn, wie in den letzten Jahren, weiterhin die Interessen der Stadt St. Georgen über Einzelinteressen oder parteipolitische Interessen gestellt würden. Nur so könne die Stadt erfolgreich weitergebracht werden. Einen besonderen Dank gelte ausdrücklich den ehemaligen Stellvertretern Joachim Kleiner, Manfred Scherer und Hansjörg Staiger für die Ausfallzeit des Bürgermeisters. Die drei hätten zusammen mit der sehr gut aufgestellten Verwaltung den Laden am Laufen gehalten und die Stadt hervorragend vertreten. Dieses herausragende ehrenamtliche Engagement sei nicht selbstverständlich, zeige aber, wie sehr ihnen die Stadt am Herzen liege.

Kämmerer Fix bedankt sich für die lobenden Worte und erwähnt, dass er diesen gerne an die Herren Staiger und Klausmann weitergebe, die für ihren Bereich federführende Arbeit geleistet hätten. Er zeigt zwei Änderungen auf, die im Plannentwurf vergessen wurden. Zum einen die Kosten für den Kulturrucksack sowie die Mieten für das Brigachhaus.

Zu dem Antrag der Freien Wähler auf Erneuerung des Spielgerätes auf dem Peterzell Schulhof erklärt er, ergeben sich Kosten in Höhe von 40.000 Euro. Der Ortschaftsrat gebe aus seinem Budget 12.000 Euro und die Bürgerstiftung 3.000 Euro, so dass bei der Stadt ein Betrag von 25.000 Euro verbleibe. Das Spielgerät auf dem Schulhof der Grundschule Peterzell sei vom Bauhof überholt und vom TÜV abgenommen worden. Daher habe es die Verwaltung nicht als notwendig gesehen, dieses Gerät zu erneuern.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der Freien Wähler einstimmig zu.

Zum Antrag der SPD auf eine weitere Stelle für einen Schulsozialarbeiter erklärt er, werde der Bedarf seitens der Verwaltung gesehen. Bisher seien die Kosten für die Schulsozialarbeit über einen freien Träger gelaufen. Dies solle auch weiterhin so praktiziert werden. Für das erste Jahr ergeben sich 30.000 Euro Kosten (durch Einstellung auf den Schuljahreswechsel), dann folgen je Jahr 70.000 Euro Kosten.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der SPD einstimmig zu.

Kämmerer Fix erklärt, der Ortschaftsrat von Peterzell habe beantragt, die Tischtennisplatte, die im Bärlochtal erneuert werden solle, wieder aus dem Haushalt zu nehmen. Damit werden 2.100 Euro eingespart.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Ortschaftsrates einstimmig zu.

Bürgermeister Rieger erklärt, der Antrag von Global Forest für die Kultureinrichtung bleibe auf der Negativliste. Er wolle den Verantwortlichen ein Gespräch anbieten. Evtl. könne aus einem weiteren Etat etwas für deren Projekt abfallen. Im Frühjahr solle der Gemeinderat über das Projekt informiert werden.

Beschluss:

HAUSHALTSSATZUNG der Stadt St. Georgen im Schwarzwald für das Haushaltsjahr 2020

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 11.12.2019 die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen

EUR	
1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	32.211.800
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	31.987.400
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	224.400
1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	75.000
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	196.100
1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	-121.100
1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	103.300

2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	31.656.800
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	29.391.800
2.3 Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	2.265.000
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	845.700
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	5.495.400
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss / -bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-4.649.700
2.7 Veranschlagter Finanzierungsüberschuss / -bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-2.384.700
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	350.700
2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss / -bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	-350.700
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-2.735.400

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 0 EUR,
davon für die Ablösung von inneren Darlehen 0 EUR,

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf 753.178 EUR,

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 4.000.000 EUR.
EUR.

§ 5 Steuersätze

Die Steuersätze (Hebesätze) werden festgesetzt

1. für die Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 400 v.H.
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf der Steuermessbeträge; 400 v.H.
2. für die Gewerbesteuer auf der Steuermessbeträge. 340 v.H.

§ 6 Stellenplan

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020 ist Bestandteil der Haushaltssatzung.

§ 7 Finanzplanung

Die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2021 – 2023 einschl. Investitionsprogramm ist Bestandteil dieser Haushaltssatzung.

§ 8 Bürgergenussauflage

Die Bürgergenussauflage für jedes Genusslos wird festgesetzt auf

Wirtschaftsplan

des Eigenbetriebes Stadtwerke St. Georgen im Schwarzwald für das Wirtschaftsjahr 2020

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 11. Dezember 2019 aufgrund der §§ 12 ff. des Eigenbetriebsgesetzes für Baden-Württemberg in der Fassung vom 16. April 2013 (Ges.Bl.S.55, 57) i.V. mit den §§ 86, 87, 88 und 96 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 28. Oktober 2015 (Ges.Bl.S.870) den Wirtschaftsplan 2020 wie folgt festgestellt:

§ 1 Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt

a) im Erfolgsplan mit

- Erträgen von	2.015.000 €
- Aufwendungen von	2.172.000 €
- einem Verlust von	157.000 €

b) im Vermögensplan mit Einnahmen und Ausgaben von 3.363.000 €

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) für das Wirtschaftsjahr 2020 wird festgesetzt auf 2.788.000 €

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf 0,00 €

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 600.000 €

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22
Ablehnung: ./.
Enthaltung: ./.

7 Anfragen aus dem Gremium

Protokoll:**a) Weihnachtsmarkt**

Stadtrat Heinzmann bemängelt die seiner Meinung nach schlechte Berichterstattung in der Presse über das Thema „Tassen und Plastikbecher“ beim Weihnachtsmarkt. Er würde sich wünschen, dass der Verfasser des Artikels sich mit Frau Frenz in Verbindung setze und einen vernünftigen Bericht bringe.

b) Herr Kieninger, Vertreter des Stockwalds, lädt alle zum Theater ins Brigachhaus ein. Die Veranstaltungen finden am 26./28./30.12.2019 sowie am 05.01.2020 statt.**Für die Richtigkeit:**

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 22. September 2020